

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauergewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge u. Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton-, Tiefbau-, u. Dachdeckerbetrieben, in der Kachelofen- u. Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Püger- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Flößerei, Felsenleger, Ofenseher, Steinhölzer und Terrazzoarbeiter

Er erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 1,- Reichsmark (ohne Postgebühren). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Abnehmens Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Bauergewerksbund
Berlin SW 68, Friedrichstr. 5-6. Fernspr.: 217 000/01/02/03/04/05/06/07/08/09/10/11/12/13/14/15/16/17/18/19/20/21/22/23/24/25/26/27/28/29/30/31/32/33/34/35/36/37/38/39/40/41/42/43/44/45/46/47/48/49/50/51/52/53/54/55/56/57/58/59/60/61/62/63/64/65/66/67/68/69/70/71/72/73/74/75/76/77/78/79/80/81/82/83/84/85/86/87/88/89/90/91/92/93/94/95/96/97/98/99/100

Veranstaltung: Bund der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Bauergewerksbund, Zentralrat, Reichsbaukongress nach Bonn durch „Berber“, Berlin SW 11.

Schützt und stützt eure Gewerkschaften!

In dem von heftigen politischen Zuckungen erschütterten Deutschland und in der durch die Weltkrise erzeugten wirtschaftlichen Zerrissenheit und Not ist heute die Gewerkschaftsfrage etwas in den Hintergrund getreten. Viele Arbeiter und Angestellte bringen ihr nicht mehr die ihrer Bedeutung angemessene Aufmerksamkeit entgegen. Mehr denn je sind aber heute starke Gewerkschaften nötig. Der Kampf um die gewerkschaftlichen Rechte und Interessen der Arbeiterklasse wird nie zur Ruhe kommen. Die wirtschaftlichen Scharfmacher sind ununterbrochen am Werke. Nach einer vollständigen Einnistung der politischen Reaktion in Deutschland dürfte der zur Zeit noch etwas verhaltene Sturm auf die Gewerkschaften mit verstärkter Wucht einfallen. Die vollständige Beseitigung der Gewerkschaften als Kampforganisation ist das Ziel. In diesem Ziel sind sich die Reaktionskräfte aller Schattierungen einig. In Hitler sehen sie ihren robusten Wegbereiter. Die Gewerkschaften sollen ihrer Freiheit und ihres Kampfcharakters beraubt, sie sollen herabgedrückt werden zu Organen einer sogenannten Arbeitsgemeinschaft unter Führung der Unternehmer. In dieser heuchlerischen Art möchte man den Einfluß der Arbeiterkraft auf die Wirtschaft restlos untergraben und beseitigen.

das Klassenbewußtsein. Aus Klassenbewußtsein wurde Klassenmacht.

Das muß sich jeder Kollege ins Gedächtnis schreiben und danach handeln. Das Schlimmste, was der deutschen Arbeiterkraft passieren könnte, wäre eine vollständige Lähmung der innerlich kerngesunden Gewerkschaftskraft. Das darf der Reaktion unter keinen Umständen gelingen! Mehr als sechs Jahrzehnte kämpft die deutsche Gewerkschaftsbewegung um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Ununterbrochen war sie bemüht, auch die Sozialversicherung und das Arbeitsrecht in einem der Arbeiterkraft günstigen Sinne zu beeinflussen. Beachtliche, selbst von Optimisten nicht erhoffte Erfolge sind errungen worden. Und die Gewerkschaften sind noch längst nicht am Ende ihrer Aufgaben. Große Zukunftsaufgaben stehen ihnen bevor. Wenn erst die Trümmer dieser gewaltigen Wirtschaftskrise einmal hinweggeräumt sind, dann wird es in erster Linie nötig sein, das Tarifwesen wieder vollständig neu aufzubauen. Dann wird es gelten, der Arbeiterklasse

Deutschlands wieder die Rechtsbasis zu schaffen, auf der allein ein einigermaßen erträgliches Kulturleben möglich ist!

Deutschland gleicht zur Zeit einem Herzenskessel. Die Gegenrevolution scheint ihren höchsten Gipfel erreicht zu haben. Man weiß nicht, was die nächsten Wochen bringen werden. Angeklärte und ungeklärte Dinge liegen im Schoß der Zukunft. Deshalb sollten die deutschen Arbeiter und Angestellten diesen Zeitabschnitt, der die zur Unmöglichkeit gewordene kapitalistische Gesellschaftsordnung und damit den Kampf der alten gegen die neue Zeit widerspiegelt, nicht nur verstehen, sondern die Geschicke auch zu lenken suchen! Die Gewerkschaften sind der Hauptstapel, auf dessen Hilfe das Pendel der Gegenrevolution aufgehalten werden kann. Deshalb laßt eure gewerkschaftlichen Organisationen nicht im Strudel dieser zerrissenen Zeit versinken, schützt und stützt sie mit unbeugbarer Energie zum Wohle des arbeitenden Volkes!

Ein öffentlicher Skandal...

In Deutschland sucht der Faschismus mit wüsten Todesdröhungen, mit Mord und Brand die politische Macht an sich zu reißen und damit alle Errungenschaften der deutschen Arbeiterkraft seit 1918 zu vernichten. Eine faschistischenfreundliche Regierung ist am Staatsüber. Sie gestattet den militärisch ausgezogenen SA-Horde, in braunen Jacken frech und herausfordernd einherzugehen und die Straßen unsicher zu machen. Das Reichskabinett foliert mit bewunderungswürdiger Samengebild die fortgesetzten Brand- und Mordtaten der Hakenkreuzführer. Gerade diese blutdürstigen Reden bereiten den Boden, aus dem die wüsten Mordtaten wie in Königsberg und Potempa emporwuchern. Wägen Sozialdemokraten und Kommunisten eine solche Sprache, sie würden sofort hinter Schloß und Riegel gesetzt, ihre Häuser würden unterdrückt. So ist die politische Lage bis zum Bersten gespannt. Republik und Verfassung — und damit alle politischen Errungenschaften seit 1918 — sind aufs Ärgste bedroht. Angehörige solcher Zustände sollten in Deutschland alle antireaktionären Kräfte nur einen Feind haben: den Faschismus. Vor allem die Arbeiterklasse sollte gegen dieses entsetzliche Schreckgespenst wühlgewordener Spieser und ihrer braunen Prätorianerhorden wie eine Mauer zusammenhalten.

Was aber leben wir? Da ist eine Partei, die sich dem sozialistischen Ideal zum Hohepunkt kommuniziert nennt, der das Ergebnis der letzten Reichstagswahl anscheinend den letzten Rest der Zustimmung geraubt hat. Sie konnte nämlich bei dieser Wahl einen bescheidenen Stimmenzuwachs buchen, die Zahl ihrer Wähler hob sich auf 5,2 Millionen. Es wäre ein Jammer, wenn diese 5,2 Millionen die gesamte deutsche klassenbewußte Arbeiterkraft repräsentierten. Und diesen Zuwachs hat die SPD nicht etwa ihrer Vortrefflichkeit, sondern dem halbfaschistischen Kurs in den letzten Monaten zu verdanken. Aber dieser „Erfolg“ hat die Führer dieser Partei geradezu verückt gemacht. Ihre Presse wütelte in sich förmlich überfüllender Geschäftigkeit und Verlogenheit — gegen den Faschismus? O bewahre, gegen die Sozialdemokraten und die freien Gewerkschaften! Einige seltene Resten in dieser Richtung haben wir unseren Lesern bereits im vorigen „Grundstein“ vorgelegt.

Einen besseren Bundesgenossen können sich die Führer in Röhm-Gebets, auch die Schleicher und Papen nicht wünschen. Die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften bleiben für diese „revolutionären Klassenkämpfer“ der „Hauptfeind“. Warum? Nur im Agitationsbedürfnis! Nur aus der lustigen Vogelperspektive des englischsten Partei egoismus betrachtet und behandelt die kommunistische Partei die überaus ersten politischen und wirtschaftlichen Vorgänge in Deutschland. Vielleicht gelingt es ihr dadurch, bei einer erneuten Reichstagswahl — man munkelt bereits wieder davon — wieder einige hunderttausend Stimmen mehr zu kassieren. Das zufriedene Gesicht Moskaus steht den verbrecherischen Führern dieser Partei, diesen Verrätern an der deutschen Arbeiterbewegung weit höher als die wichtigsten Lebensinteressen von Deutschlands Arbeiterkraft!

Doch zur Sache: Die „Rote Fahne“, dieser konzentrierte Schmutzhaufen der Volkswirren und ihrer „Rechts (in den Drecks) führenden“ SPD, überschlägt sich geradezu in lägenstrosen, „Entfaltungen“ über die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsführer. Wäre nur ein Teil davon wahr, dann hätten die sozialistischen Arbeiter allerdings Grund zu stärksten Mißtrauen. Aber darum handelt es sich

jetzt Mißtrauen, Partei- und Organisationsverbundenheit zu erzeugen, das ist die „vornehmste“ Aufgabe dieses von akademischen Schmierfinken vollgepackten Papiers. Kräftiges Zeugnis legen davon ab die Nummern der „Roten Fahne“ vom 21., 23. und 24. August. Dort wird berichtet von einem zusammengekauften Reichskabinett Schleicher-Strasser-Frick-Wöring-Siegemund. Gewiß, verhandelt haben Zentrum und Nazi-Partei über die Bildung einer Reichsregierung und einer Preußenregierung auf parlamentarischer Grundlage. Dieser Auseinandersetzung vergeblich. Das aber ist eine Angelegenheit, die die sozialistische Arbeiterkraft interessieren mag, die aber naturgemäß ohne irgendwelche Mitwirkung ihrer Führer vor sich geht. Keiner von ihnen kann auch etwas daran ändern. Und wenn sich die Zentrumspartei zu solchen Verhandlungen herbeigelassen hat, so deshalb, um vielleicht wenigstens den Rahmen der Weimarer Verfassung aus dem politischen Scheitern des Reiches zu retten. Aber die „Rote Fahne“ läßt hinzu, auch die reformistischen Gewerkschaften und Parteiführer ständen mit dem Faschismus in Abhandlung. Das Blatt deliriert sogar von „Geheimverhandlungen“ zwischen General Schleicher und der „WDD“, Führern, wobei diese dort auch erklärt hätten, ein „Prädiakabinett“ zu folieren. Als „Beweis“ für diese auf den Fingern geläufige gemeine Lügengeschichte wurde angeführt, daß bürgerliche Blätter den blühenden Wüchsen der „Roten Fahne“ nachgedruckt hätten. Das ist diesem genügsamen Papier Beweis genug. Nun ist es ja denkbar und vielleicht auch notwendig, daß Führer der Sozialdemokratie oder der Gewerkschaften wegen wichtiger Arbeiterbelange mit Ministern eine lebhafte Interessensverhandlung führen können, welche ihnen ein lehrhaftes Interesse empfinden, von der Regierung sehr wohl ein lehrhaftes Interesse empfinden, von der Regierung zu erfahren, welchen Sozialistischen Kurs sie zu steuern oder was sie endlich in der brennenden Frage der Arbeitsbeschaffung zu tun gedenken. Gehört das aber, so muß die sozialistische Arbeiterkraft, müssen die Gewerkschaftsmitglieder zu der von ihnen eingeleiteten Führerschaft schon das Vertrauen haben, daß sie sich in einem solchen Falle in nachhaltiger Weise für Arbeiterinteressen und nur für Arbeiterinteressen einsetzt. Aber in Wirklichkeit gibt es keine Konferenz, keine Verhandlung, keine Sitzung, in der die Sozialdemokratie von ihrer Seite der schärfsten Opposition gegen die Regierung Papen auch nur um Haarsbreite abgewichen wäre! Dafür spricht auch, daß die Reichstagsfraktion einmütig und ohne Debatte die Einbringung eines Mißtrauensantrages gegen die Papen-Regierung als eine glatte Selbstverständlichkeit beschlossen hat. Zolerierung der Papen-Regierung? Ja, wie denn? Eine Parteikonfession, die, falls ihr die Regierung übertragen würde, auf die Zolerierung durch die Sozialdemokraten angewiesen wäre, ist in diesem Reichstag ja gar nicht denkbar! Jeder, der einigermaßen nachdenkt, muß das begreifen. Und Regierungsmehrheiten? Eine parlamentarische Mehrheit wäre zu bilden durch ein Zusammengehen der Rechts- und Linksfraktionen. Das wäre nichts Neues. Aber eine Regierung könnten diese feindseligen Brüder nicht bilden. Faschisch und praktisch denkbar wäre im neuen Reichstag nur eine Parlamentsmehrheit, gebildet durch Nazi- und Zentrumspartei mit aber ohne Einschluß der Jungenerger. Eine solche Koalition brauchte aber keinerlei Zolerierung! Und eine andere regierungsfähige Mehrheit erscheint in diesem Reichstag vollkommen

Ist es nötig, unseren Kollegen die große Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung im einzelnen darzulegen? Kurz sei gesagt, daß die Gewerkschaften in den 14 Jahren nach dem Weltkrieg Leistungen vollbracht haben, die spätere Geschlechter als kulturelle Großtaten ersten Ranges bezeichnen werden. Gewerkschaftliche Organisationen sind für unser Wirtschafts- und Kulturleben eine unbedingte Notwendigkeit. Zersplittert wären die Millionen Arbeiter und Angestellten machtlos; erst durch ihre organisatorische Zusammenfassung werden sie eine Macht. In den Gewerkschaften verkörpert sich das zumutlichdrängen der noch im Dunkeln stehenden Volksmassen, die dennoch den wertvollsten Bestandteil der Wirtschaft bilden. Und die bewußte Betonung der gesamten Arbeiterklasse als Nachfaktor bildet ihre unermüdbare Stärke.

Gewerkschaftliches und kulturelles Selbstbewußtsein bedeutet die Befreiung des Persönlichkeitsempfindens der arbeitenden Massen von Unwissenheit und Ankultur. Aber es muß eine Kraft dahinter stehen, die dies mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringt. Es wäre ein geradezu unerträgliches Kulturzustand, wenn die Lohn- und Gehaltsempfänger nicht kraftvoll empordrängen und persönliche, wirtschaftliche und kulturelle Anteilnahme auf allen Gebieten des Lebens forderten. Deshalb darf die erdumspannende Bewegung der Gewerkschaften im Wirbel der Zeit unter keinen Umständen zu irgendwelcher Bedeutungslosigkeit herabgedrückt werden!

Was ergibt sich daraus? Jedes Gewerkschaftsmitglied muß ein eifriger Kämpfer für diese Idee und unsere Interessen sein! Nur durch die Gewerkschaften ist eine nachhaltige Vertretung der urchigsten Interessen aller in Fabriken, Werkstätten, Büros und an den Bauplätzen zerstreuten Arbeitermassen möglich. Die Lohn- und Gehaltsempfänger zählen zum vierten Stand der Gesellschaft, solange sie sich ihrer Klassenlage noch nicht bewußt waren, solange sie sich noch nicht in Gewerkschaften zusammengeschlossen hatten. Mit Zuckerbrot und Peitsche suchte man die immer mehr anschwellende Masse der Hand- und Kopfarbeiter niederzujücken. Als dann aber die Gewerkschaften entstanden und langsam erkrafteten, daß sie als Macht gewertet und anerkannt werden mußten, verbreitete sich langsam die Einsicht, daß hier die stärksten Kraftquellen der modernen Volkswirtschaft verankert liegen. Die Gewerkschaften weckten

ausgeschlossen. Eine Linkskoalition unter Einfluß der Zentrumspartei scheiterte an dieser Partei und auch an den Sozialdemokraten. Auch eine Koalition zwischen Nazis und Sozialdemokraten ist völlig undenkbar, weil sich beide Parteien in unüberbrückbarer Feindschaft gegenüberstehen. Das Rästel, in welcher Weise die Sozialdemokratische Regierung in diesem Reichstag „tolerieren“ könnte, bleibt demnach ein Geheimnis der „Roten Fahne“ und aller derer, die ihr diesen fürchterlichen Wahn glauben ...

In anderer Stelle heipepelt dieses Revolverblatt über das durchs zeitgemäße Sozialisierungsprogramm der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Anstatt diese gar nicht unbedeutenden Anläufe eines Veruches der Sozialisierung, zu unterlassen, lassen die Schmutzfinger der „Roten Fahne“ daran keinen sauberen Graben. Blaufweg werden diese an anderer Stelle hizzierten Anläufe als „Sozialisierungsbeitrag“ bezeichnet, und weil mal irgendein Genosse gelang hat, er würde es begrüßen, wenn die Nazis im Reichstag diese Anläufe, die eine praktische Selbstverwirklichung der Sozialisierung darstellen, unterlassen würden, schreibt die „Rote Fahne“ Jeter und Morbio, keiff sie eine zahllose Fettele über „Arbeitererrat“ und stellt in dieser Zeitung einen „Beweis“ für die „Wendensverwandtschaft“ zwischen Nazis und Sozialdemokraten ...

So wird verdreht, verbogen, gelogen und verleumdert nur zu dem Zweck, die sozialistisch orientierte Arbeitererschaft durcheinander zu bringen. Und dies alles um der verächtlichen Aussicht willen, dadurch einige neue Anhänger zu kapieren aus den Reihen derer, die in politischen Fragen nicht mit Gefängnissen ausgefattet sind. Der drohende Faschismus ist diesem edlen Papier Nebenache. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften bleiben der „Hauptfeind“. So wädelt sich die Haltung dieses „führenden“ Organs der Linksbolschewisten zu einem — wie der „Vorwärt“ kürzlich sagte — „offenstichigen Skandal“ aus. Esmalige nächtere Nichtigstellungen ändern bei diesem Blatt absolut nichts an seinem fortgesetzten lägenhaften und verleumdenden Verberungswillen. Mit eiserner Stirn wird weiter verleumdert. Man gerät in ernste Zweifel, ob es denn überhaupt noch geistig gesunde Menschen sind, die täglich herbei wiffen, daß die in politischen Fragen nicht mit Gefängnissen ausgefattet sind, die in politischen Fragen nicht mit Gefängnissen ausgefattet sind, die in politischen Fragen nicht mit Gefängnissen ausgefattet sind ...

Verblutendes Handwerkertum.

Der Proletarisierungsprozeß im Handwerk.

Unter Handwerk versteht man allgemein die berufsmäßige kleingewerbliche Produktion, kleingewerbliche Warenherstellung und die dazu unumföbar erforderlichen Dienstleistungen. Die Tätigkeit des Handwerksbetriebes ist fast immer lokal begrenzt und direkt mit dem Verbraucher verbunden. Ein weiteres Kennzeichen des Handwerksbetriebes ist seine kleine Kapitalbindung. Der erzielbare Reinertrag ist nur von der Größe der geleisteten menschlichen Arbeit abhängig.

Aus der Wirtschaftsgeschichte wissen wir, daß der „goldene Boden“ des Handwerks im Mittelalter zu finden ist. Die Morgenröte der kapitalistischen Wirtschaft bedeutete aber schon die Beinträchtigung der handwerklichen Blütezeit. Größeres Privatkapital, bessere Technik und ausgebreitete Arbeitsteilung, Maschinenarbeit und Massenherzeugung zerrissen das Kunstgewebe. Der rationalisierte Großbetrieb ließ das Kennzeichen unserer Gegenwart. Er hat als Fabrik zahlreiche handwerkliche Arbeitsgebiete an sich gerissen und aufgefangt. Das Handwerk ist nur noch ein Hilfsgerwerbe der Fabriken. Die meisten Handwerker sind nur noch Monteur und Reparatoren; außerdem selbstständig, aber innerlich völlig vom Großkapital abhängig. Deutlich tritt dies bei Installateuren, Elektromonteuren, Schneidern, Schreimern und Optikern zutage. Viele können von den Arbeitsaufträgen nicht mehr leben und sind nebenbei Inhaber kleiner Ladengeschäfte. Im Jahre 1926 gab es insgesamt 1 307 867 Handwerksbetriebe. Darin waren tätig 1 320 515 Inhaber mit 1 517 046 Gesellen, Hilfsarbeiter, 768 668 Lehrlingen und 109 325 Angestellten, insgesamt 3 713 552 Personen.

Diese Zahl von rund 3 713 552 Millionen Arbeitsmenschen faßt eine gewaltige wirtschaftliche Bedeutung des Handwerks vor. Man darf aber nicht vergessen, daß sich heute jeder, der die innere und äußere Kraft dazu hat, einen Gewerkschaften kann. Für viele Arbeitslose ist dies der einzige, vorübergehende Rettungsweg. So kommt dann der „große“ Mittelstand zusammen, der in Wirklichkeit nichts anderes ist als proletarisierter Kleinbürger, ein nichtkapitalismusbefreies Proletariat. Die Statistik beweist diese unsere Behauptung. Von den 1 307 867 Handwerksbetrieben haben 62,3 % überhaupt keinen einzigen Gesellen beschäftigt, 21,3 % nur einen Arbeiter, 12 % zwei bis fünf Gesellen, und 1,9 % sechs bis zehn Gesellen. Ueber „größeres“ Kapital und Betriebsumfang verfügen also nur 25 000 Betriebe. Mehr als 1 280 000 Betriebe sind Kleinunternehmer, verflochtendste Gelegenheitsarbeiter, verkappte Lohnprofeten.

Noch nie hat die Not so stark am vergoldeten Lohr des Handwerks gepöpst als heute. Während innerhalb der Arbeitererschaft ungefähr jeder sechste arbeitslos ist, hat im Handwerk auch nur noch jeder vierte Arbeit. Die restlichen drei Viertel sind nur schwach beschäftigt. Kurzarbeit ist die Regel. Das Handwerk verblutet!

Kleinbürgertum rebelliert.

Die Ursachen für die Verelendung der handwerklichen Schichten sind zum großen Teil in der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise begründet. Die planlose privatkapitalistische Verwertung des Leihkapitals hat das Baugewerbe von fast allen Arbeitsmöglichkeiten entblößt. Obwohl die Wohnungsnot noch ungeheuer groß ist, obwohl genügend Baustoffe und Baumannschaften da sind, müssen hundertaufende Bauarbeiter mit den Händen in den Taschen hungern und müßig herumstehen. Natürlich beunruhigt dies auch die handwerklichen Berufsgruppen, die Maler, Tischler, Glaser, Setzungsmonateure, Installateure, Klempner, Schloffer, Schmiede, Elektriker, Ofenbauer,

Im Nahrungsmittelgewerbe leiden Bäcker und Fleischer unter dem unerhörten Rückgange der Kaufkraft. Preisdruck und erhöhter Wettbewerb um die Kundenschaft sind die Folgen. Während Fleischer und Bäcker noch immer einen gewissen Mindestlohn behalten, werden die Feinbäcker, die Konditoren stärker betroffen. Rückwirkungen auf Müller und Landwirte bleiben dabei natürlich nicht aus.

Die gleichen Erscheinungen sieht man im Bekleidungs- und Schuhgewerbe. Der Arbeiter oder Angestellte kann sich nur noch selten einen neuen Anzug kaufen. Maßanzüge und Maßschuhe sind heute für den Werkstätten ein unerlaubter Luxus. Wenn etwas gekauft wird, kommt nur das billige Fabrikzeugnis in Betracht.

Besonders schlimm geht es allen Kunsthandwerkern, den Zeichnern, Bildhauern, Malern, Photographen, Goldschmieden, Uhrmachern. Niemand begehrt ihre Produkte mehr. Verschärfend wirken die internationalen Zollmauern, ferner die Uebersetzung mancher Handwerkszeuge. Lauf amlicher Feststellung des handwerklichen Enqueteausschusses ist im Schuhmacherhandwerk die Hälfte der heute vorhandenen Betriebe ausreichend, um den normalen Auftragsbestand zu bewältigen. Aber trotzdem machen sich noch viele Gesellen selbständig und vergrößern die Not durch billiger Angebote. Außerdem engt auch Schwarzarbeit oft den Lebensraum der Handwerksmeister ein. Im Handwerk wirken sich furchtbare Folgen dieses Verelendungsprozesses aus. Jahnfündende Selbstmorde sind Wochentags empfindlich. Konkurrenz haben die Entwicklung auf die Spitze getrieben und manchen Kleingewerbetreibenden völlig ruiniert. Natürlich findet man auch hier Ausnahmen und Ungleichheiten. Gibt es doch im Handwerk über hundert verschiedene Arbeitszeige, ferner ländliche und städtische Handwerk. Ersteres hat meist noch immer etwas Landbesitz oder eine Gastwirtschaft, so daß es im Notfalle immer eine bestehende Existenz aufrechterhalten kann. Leider klammern sich diese proletarisierten Existenzen noch immer an den falschen Schein eines „Berufsstandes“, der nichts mit der Arbeitererschaft zu tun haben will. Im Reichsverband des Deutschen Handwerks vereinigt, rebelliert man gegen Fabrik, Warenhaus und Konsumverein. Mit dem Ruf „Es muß anders werden“, stürzen sich die Handwerker dem Nationalsozialismus in die Arme. Verpricht doch diese Partei dem Kleinbürgertum die Verjüngung der Warenhäuser und die Aufhebung der großbetrieblichen Konkurrenz. Also eine neue Art der Nationalreform! Leider hat dieser feindsich und volkswirtschaftlich reaktionäre Kampf schon hier und da Erfolge gehabt. Die gemeinnützigen Konsumgenossenschaften müssen heute höhere Umsatzziffern zahlen als jeder habgierige Privathändler. Denkt man daran, daß es sich bei der Genossenschaft doch eigentlich nur um den Versuch der wertvollen Massen zur verbilligten Lebenshaltung handelt, so ist es geradezu ungeheuerlich, daß man diesen Versuch mit einer Ertragssteuer bestraft. Die Notverordnung vom 9. März hat außerdem die Ausdehnung der billigen Einheitspreisgebote gebremst. Auf eine Eingabe des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks und der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels hat Reichskanzler Brüning im März 1932 geantwortet, daß alle Eingaben mit besonderer Sorgfalt und weitgehendem Wohlwollen beachtet werden. Das Handwerk verliert also recht gut die Bezeichnung der handwerklichen Wirtschaftspolitik, um für sich auf Kosten der Arbeitererschaft besondere Vorteile herauszufischen.

Im Gegensatz zum Proletariat des Sozialismus und Kapitalismus. Große Teile des Handwerks können sich nur behaupten, wenn die Kaufkraft der Arbeitererschaft steigt. Man sollte annehmen, daß sich deshalb das Handwerk restlos für die gewerkschaftliche Lohnpolitik und Arbeitsbeschaffung einsetzen würde. Leider wird darin die organisierte Arbeitererschaft immer gefäufcht. Im Nr. 13 der „Deutschen Arbeiterzeitung“ und „Klempner-Zeitung“ wurde behauptet, daß sich die Gewerkschaften mit den Finanzierungsplänen zur Arbeitsbeschaffung ins Lager der Inflationsisten begeben hätten. Die in der Arbeitsbeschaffung vorgesehenen Verbesserungen des Verkehrswezens können nur der Großindustrie zugute. Laut Nr. 8 dieser Zeitschrift, Januar 1932, sind die Ehre noch immer unmäßig „hoch“ und auf das „Eigengewohl der Arbeiter eingestellt“. Weil die Gewerkschaften dies Eigengewohl der großen Masse höher schätzen als die Selbsthilfe der Handwerker, sagen die in „äußerste Abwehr gedrängten Arbeiter“ im Handwerk den „angreifenden Gewerkschaften“ härtesten Widerstand an. Ueber die auf Lohnverbesserung hinzielende Tarifpolitik urteilen diese geistig und wirtschaftspolitisch rückföndigen Kräfte: „Die Gewerkschaften werden sich darüber klar sein müssen, daß sie hiermit die ganze Verantwortung für die unabwehrliche restlose Verelendung der letzten Lebenskraft unserer Wirtschaft auf sich nehmen.“

Wiederum das alte Lied der Unternehmer! Die Gewerkschaften sind an allem schuld. Umsturz den Kapitalismus anzuklagen, der durch seine Aufhäufung der Produktionsmittel in wenigen Händen den Mittelstand fortwährend enteignet, anstatt mit den Gewerkschaften für einen lebensvollen Planwirtschaft einzutreten, stellen sich die Handwerker in eine Linie mit ihrem Lothstein. Sie sind ein Stoßtrupp des Großkapitalismus und fügen selbst den Akt ab, auf dem sie sitzen können. Während die Wirtschaft längt zur Weltwirtschaft geworden ist, denken die Handwerker nur im Sinne beschränkter Reichumspolitik, im Sinne engstirnigen Profitbüresses.

Das Handwerkertum ist unabwehrlich ein niedergebender, niedergebender Stand. Fortschreitende Technik und die von Marx aufgezeigten Gesetze der kapitalistischen Akkumulation werden den weiteren Untergang fördern. Daran kann weder die Republik noch ein Drittes Reich etwas ändern. Hindert man heute diese Entwicklung, so wird sie sich eines Tages revolutionär durchsetzen. Zukunftsrichtige Linderung kann gegenwärtig nur kluge Gewerkschaftspolitik bringen. Würde beispielsweise der von den Gewerkschaften verlangte jährliche Neubau von 300 000 Kleinwohnungen durchgeführt, so hätten nicht nur viele Arbeiter, sondern auch viele Handwerksmeister neue Arbeit. Käme der Straßenbau wieder in Schwung, so würden hundertaufende Bau- und Steinarbeiter dem Handwerk Millionen Mark neue Kaufkraft zuföhren.

Das Handwerkertum steht also im Entscheidungskampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Wenn es sich zum marxistischen Denken und Handeln, verläßt es seine reaktionäre Haltung, so ist auch ihm vorläufig geholfen.

Stellt es sich aber einem solchen Kompromiß mit der sozialistischen Arbeitererschaft entgegen, dann wird der gewerkschaftliche Kampf unabwehrlich weitergehen, auch wenn es im Klassenkampf zwischen Besitzlosen und Besitzenden völlig aufgegeben wird. Im Kampfe um das Glück und die Lebensfreude der großen Volksmasse kann auf handwerkliche Bundesfreunde der Großkapitalisten keine Rücksicht genommen werden.

Eine Eingabe an den Reichskanzler.

Unser Bundesvorstand hat sich mit einer Eingabe an den Reichskanzler gemandt, darin kurz die katastrophale Lage des Baugewerbes geschildert und dringend ersucht, endlich Mittel flüssig zu machen, um diesen unerträglichen Zustand abzumildern. In der Eingabe heißt es:

Nach amtlichen Mitteilungen sieht die Reichsregierung auf Wunsch und im ausdröcklichen Einvernehmen mit dem Herrn Reichspräsidenten nunmehr ihre vorordnungsliche Aufgabe in der Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten. Der Bundesvorstand des Deutschen Baugewerksbundes, der freigewerkschaftlichen Organisation der Bauarbeiter, nimmt dies zum Anlaß, die Reichsregierung auf die noch immer nicht genügend beachtete ungewerkschaftliche Bauarbeiter nochmals nachdröcklich hinzuweisen.

Die deutsche Bauwirtschaft steht buchstäblich vor ihrem vollständigen Ruin. Sie ist während der Wirtschaftskrise weit mehr als die übrigen Wirtschaftszweige verarmert. Der katastrophale Rückgang der Bauwirtschaft wird deutlich veranschaulicht durch den Vergleich der amtlich veröffentlichten Ziffern über Baubeginne in den ersten Halbjahren der Krisenjahre 1930 bis 1932. In den Groß- und Mittelstädten wurden in diesem Zeitabschnitt im Jahre 1930: 50 800, im Jahre 1931: 31 127 und im Jahre 1932: 14 838 Wohnungen in Angriff genommen. Das sind im ersten Halbjahr 1932 nur rund 29 % der Baubeginne vom ersten Halbjahr 1930. Noch erschreckender ist die Abnahme der Baubeginne für öffentliche gewerbliche und sonstige Bauten. Die Ziffern hierfür betragen für die Vergleichszeit der Jahre 1930 bis 1932 in 1000 qm umbauten Raum 6587,6, 3415,2 und 1391,7. Demnach sind im ersten Halbjahr 1932 nur rund 21 % des im ersten Halbjahr 1930 begonnenen Bauvolumens in Angriff genommen. Diese wenigen Ziffern kennzeichnen klar und deutlich den gegenwärtigen Tiefstand der Bauwirtschaft.

Die deutschen Bauarbeiter fragen die Folgen des bauwirtschaftlichen Zusammenbruchs am schmerzlich. Sie leiden seit Jahren unter ungeheurer Arbeitslosigkeit. Hunger, Elend und Verzweiflung sind fände Gäste in den Bauarbeiterfamilien geworden. Zusammen unter ihnen sind in erheblichem Maße verelendet. Ihre Bedürfnisse sind früherem Wohlstand, Kleidung, Wärme und Einrichtungsgegenstände sind abgebraucht, an Ersatz ist nicht zu denken. Die kümmerlichen Unterföndungsbezüge reichen nicht aus, um auch nur die einfachsten Bedürfnisse zu befriedigen.

Durch die Arbeitslosigkeit ist die gesamte Bauarbeitererschaft aufs schwerste betroffen. Die Arbeitslosenzahlen dröcken das deutlich aus. Von je 100 Mitgliedern des Deutschen Baugewerksbundes waren in den Monaten Januar bis Mai arbeitslos: Im Jahre 1929 = 47,7, im Jahre 1931 = 73,8 und im Jahre 1932 = 84,6. Im Jahre 1930 war in den genannten Monaten noch jeder zweite Bauarbeiter, in diesen Jahre nur noch jeder zehnte Bauarbeiter beschäftigt. Zu Beginn des Monats Juni waren nur 86 vom Hundert aller Bauarbeiter arbeitslos, Mitte Juli noch 77 % und seitdem steigt die Arbeitslosigkeit aber eine steigende als eine sinkende Tendenz.

Eine besondere Erhebung über die Dauer der Arbeitslosigkeit der einzelnen Mitglieder unseres Bundes ergab, daß schon im Jahre 1931 rund 85 000 (etwa 20 %) unserer Mitglieder während des ganzen Jahres nicht in Arbeit gekommen sind. Weitere 30 % sind 36 und mehr Wochen und weitere 19 % mehr als 25 Wochen arbeitslos gewesen. Im Jahre 1932 haben mehr als 200 000 unserer Mitglieder bisher noch keine Arbeit gefunden, und bei der jetzigen Lage des Baugewerbes werden die meisten von ihnen wohl auch im zweiten Halbjahr keine Arbeit finden können. Das Elend der weiterhin arbeitslos bleibenden Bauarbeiter muß ins Angenehme steigen und für die Betroffenen unerträglich werden, wenn nicht Entschickendes zur Behebung der Bauwirtschaft geschieht.

Alle bisherigen Regierungsmaßnahmen haben den weiteren Verfall der Bauwirtschaft nicht aufhalten vermocht. Weder die Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft noch der Abbau der Hauszinssteuer und der staatlichen Wohnungsbaufinanzierung, noch die starke Senkung der Bauarbeiterlöhne haben auch nur im geringsten die weitere Verschärfung der Krise aufhalten können. Es sind im Gegenteil in vollem Umfang die von den Gewerkschaften oft ausgeprochenen Befürchtungen eingetroffen, daß die Zurückziehung des Staates aus der Wohnungsbaufinanzierung und die Drosselung der öffentlichen Bauwirtschaft für die gesamte Wirtschaft krisenverföchtend wirken müßte.

Damit ist auch zugleich als erweisen anzuföhren, daß eine Ueberwindung der Krise ohne Behebung der Bauwirtschaft nicht gelingen wird; in der Zeitung und Zeitungs- und Zeitschriftenliteratur mehrten sich täglich die Stimmen, die in einer großzügigen Umkehrung der Bauwirtschaft durch die Initiative der Reichsregierung die erfolgversprechendste Maßnahme sehen, mit der die Ueberwindung der Wirtschaftskrise eingeleitet werden könne.

Die bisher von der Regierung für die Arbeitsbeschaffung vorgesehenen Mittel reichen für eine solche Maßnahme nicht im entferntesten aus. Hinzu kommt, daß die zur Verfügung stehenden Summen, soweit sie für die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes bestimmt sind, für eine Behebung der Wirtschaft nicht in Frage kommen. Wenn diese Summen sind, wirtschaftspolitisch gesehen, nur eine andere Form der Unterstützung und können deshalb die Wirtschaft nicht über den jetzigen Zustand hinaus beleben. Aus Preisberöchtigen über die Lage der Zentralkonföderation der Hausbesitzer ist ferner bekanntgeworden, daß der Staatseffekt für Hausreparaturen aus wirtschaftlichen Gründen für unmöglich hält, so daß auch mit dieser Summe nicht ernsthaft gerechnet werden kann, wenn nicht die Reichsregierung die Vornahme notwendiger Hausreparaturen, etwa mit Hilfe des Reichsmittelengeldes, erzwingt. Von den in der Öffentlichkeit genannten, bisher für Arbeitsbeschaffung zur Verfügung stehenden Summen bleiben danach keine nennenswerten Beträge mehr übrig, deren zweckentförende Verwendung gedacht erscheint.

Um das Wirtschaftsleben durch eine Ankurbelung des Baugeschäftes wieder in Gang zu setzen, ist die Bereitstellung von etwa einer Milliarde Mark unerlässlich. Davon wären etwa 500 Millionen Mark für Straßenbauten, Kanalanlagen, Flugzeuganlagen, Kaspertrennen und damit verbundene Kraftwerkanlagen zu verwenden. Die restlichen 500 Millionen Mark müssen für öffentliche Hochbauten und im Wohnungs- und Siedlungsweisen eingesetzt werden, so sowohl die Erhaltung des Wohnraums durch umfangreiche Reparaturarbeiten wie auch der noch immer sehr notwendige Bau von Kleinwohnungen reichliche Arbeitsmöglichkeiten und zugleich volkswirtschaftlich durchaus zweckmäßige Investitionsmöglichkeiten bieten.

Dies der Inhalt der Eingabe. Die darin aufgeführten Zahlen sagen mehr, als es Worte vermögen. Wird man im Reichsamt endlich einsehen, daß Wandel zu schaffen dringend nötig ist? Geht es nicht, dann treibt in Deutschland die Wirtschaftskrise ins Verderben!

Das Rationalisierungsproblem in der Krise.

Das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit (R.W.) hat nunmehr seinen Bericht für das Jahr 1931 (R.W.-Veröffentlichungen Nr. 85) veröffentlicht. Das R.W. soll durch Zusammenarbeit, Erfahrungsaustausch und Bereitstellung von Rationalisierungsmitteln (Normen, Lieferbedingungen, Betriebsrichtlinien usw.) den Rationalisierungsarbeiten abgestellte zentrale Vermittlungsstelle der Interessengruppen. Der Übergang von der Einzelwirtschaft über die Sammel- und Volkswirtschaft zur Weltwirtschaft und die Fortentwicklung von der nur einen Teil der Rationalisierung darstellenden technischen Rationalisierung zur kommerziellen, das alles gehört zu den Aufgaben des R.W. Die schwere Krise ist zum Teil auf die Rationalisierung und ihre Auswirkungen zurückgeführt worden. Gegen diese Auffassung wenden sich die leitenden Personen des R.W. Es sei einer der größten Fehler der Rationalisierungsbewegung — so erklären sie —, nicht rechtzeitig vor aller Defensivität betont zu haben, der letzte Zweck der Rationalisierung sei, die Harmonie des Gleichgewichts in einer von allen Seiten durch den Krieg und seine Folgewirkungen gestörten Wirtschaft herbeizuführen. Man könne nicht auf Teilgebieten der Wirtschaft rationalisieren, ohne das Gleichgewicht zu stören. In der Folge gegen die Rationalisierung habe man von Politikern eine Risse verlangt, was als merkwürdig und paradox gemerkt werden müsse. Die kommende große Wirtschaftskrise der Weltwirtschaft sei im Grunde nichts anderes als der Wunsch, eine überaus irrational betriebene Weltwirtschaft wieder rational zu gestalten. Wahre und echte Rationalisierung sei eine Art wirtschaftlicher Heilkunde. Wie die berufsmäßige Heilkunde nicht das Alter und den Tod abschaffen könne, so könne auch die beste Rationalisierung die Krankheiten der Wirtschaft nicht beseitigen. Echte Rationalisierung, d. h. Wirtschaftlichkeit, hat als letzten und höchsten Zweck, dem Menschen durch Arbeitssicherung zur Existenzsicherung zu verhelfen. Die technische Durchdringung des Produktionsapparates könne nicht dafür verantwortlich gemacht werden, daß die Organisation in der Verteilung der Produkte völlig verlagert habe. Aufgabe der Wirtschaft sei es, die das Leben in absteigenden Mittel und Wege zu finden, mögen sie nun in der Richtung der allgemeinen Verknüpfung der Arbeitszeit oder in anderer Richtung liegen. Jeder Fortschritt sei aber noch stets erkämpft worden, und Kampf sei der Sieg des einen und die Niederlage des anderen.

Diese Grundgedanken schiedte das geschäftsführende Vorstandsmittelglied des R.W., Herr Otto W. Schaefer, bei der Übergabe des Jahresberichtes voraus. Der Bericht selbst ist ganz auf den Gedanken der vom R.W. betriebenen Gemeinschaftsarbeit abgestellt. Er zeigt, daß die Gemeinschaftsarbeit auf allen Gebieten der technischen, kaufmännischen, volkswirtschaftlichen und weltwirtschaftlichen Rationalisierung heute notwendiger denn je ist. Die Aufgabe des R.W. soll es dabei sein, in völlig neutraler Weise eine Vermittlung zwischen den beteiligten Kreisen herbeizuführen, die Gemeinschaftsarbeit in Gang zu setzen, die Wirtschaft mit den Ergebnissen dieser Arbeit vertraut zu machen und schließlich dadurch den Sinn für die Weiterentwicklung der Gemeinschaftsarbeit zu wecken.

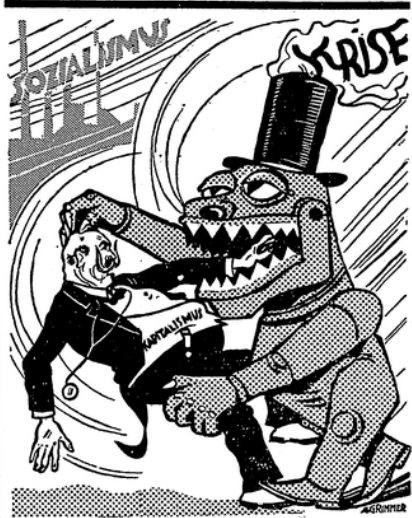
In dem Jahresbericht vorangeführten Begleitwort wird festgestellt, daß Egoismus, Mißtrauen und Voreingenommenheit nur die internationalen Beziehungen, sondern auch im Rahmen der internationalen Gemeinschaftsarbeit die Beziehung der einzelnen Wirtschaftssubjekte, Wirtschaftszweige und Wirtschaftsgruppen in viel zu hohem Maße bestimmt. Es müsse auch beobachtet werden, daß jene ungenutzten wirtschaftlichen Problempunkte, die die moderne Nation in ihren internationalen Beziehungen angehen, — handle es sich nun um Zolltarife, Uebereinkommen wirtschaftlicher Art oder um Handelsbeziehungen —, vom Gesichtspunkt einer für die Rationalisierung zu schaffenden Ordnung noch sehr im argen liegen. Ein reibungsloses Funktionieren der Volkswirtschaft sei bei dem heutigen Stande der Verflechtung nur möglich, wenn — international gesehen — alle Teile reibungslos arbeiten. Über stark und hier zu rationalisieren und protektionistische Maßnahmen über Wort zu werfen, ist man plötzlich auf der Welt den entgegengelegten Weg gegangen. Die Rationalisierung müsse auf einer hohen Stufe der Gemeinschaftsarbeit weitergeführt werden. Selbst in diesen Stunden bleiben sie — so lagte der verstorbenen Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas — davon überzeugt, daß die Rationalisierung zwar unzureichend, zwar mangelhaft erscheinen mag, daß aber die Nachteile durch eine noch weitergehende Rationalisierung zu beseitigen sind.

Das Rationalisierungsproblem befindet sich ebenfalls in der Krise. Aber selbst die dunklen Wolken, die heute unser Wirtschaftshorizont verdrängen, halten den wirtschaftlichen Weltbildenden vor maßlosen Angriffen auf die Rationalisierung zurück. Wenn auch ohne Zweifel feststeht, daß Rationalisierungsendenzen in ihrer Auswirkung die Arbeitslosigkeit verdrängen, so darf uns dies nicht hindern, festzuhalten an der Erkenntnis, daß diese Krise zu ihrem überaus wesentlichen Teil die Krise der Kapitalistischen Wirtschaft ist. Eine Krise, die nicht mehr mit technischen oder konjunkturellen Gründen zu erklären ist, sondern in allererster Linie aus strukturellen Gründen, d. h. aus der für uns heute fast völlig überholten kapitalistischen Struktur der Wirtschaft, in der zum Teil leider die privatwirtschaftlichen, nach Profit strebenden Kräfte bedeutend stärker als die gemelwirtschaftlichen

sind. Die Gewerkschaften sind auch hier berufen, die durch die unumgängliche Umstellung der Wirtschaft erzeugte Menge der Produktion den Werkstätten voll zuzuführen. Bedarf ist genug vorhanden, Waren aller Art sind es ebenfalls, es fehlt nur das verbindende Glied, die nötige Kaufkraft, damit sich Produktion und Bedarf ergänzen können. Diese sozialen Aufgaben müssen alle lösen helfen, die das Wesen der Rationalisierung richtig erkannt haben!

Der Kampf um den Verkehr.

Das deutsche Verkehrswesen ist gegenwärtig Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen. Im Gegensatz zu anderen Ländern, in denen das Verkehrswesen eine privatkapitalistische Angelegenheit ist und der ständige Wettbewerb der Verkehrsmittel und Verkehrsformen eine kapitalistische Auslese herbeiführt, war bisher in Deutschland die übertragende Monopolstellung der Reichsbahn als Hauptverkehrsrichtung unbestritten. Zwischen der Reichsbahn, die den Landverkehr beherrscht, und dem Wasserstraßenverkehr bestanden keine bedeutenden Differenzen. In diesen Verkehrsformen trat im verflochtenen Jahreslauf der Luft- und Kraftverkehr. Der Luftverkehr kann nicht als ernsthafter Konkurrent der Reichsbahn betrachtet werden, seine Wirtschaftlichkeit wird vorläufig auf einzelne Verkehrsgebiete beschränkt bleiben. Anders dagegen der Kraftfahr-



Das Kind des Kapitalismus frisst den Erzeuger...

zeugverkehr, der sich in wenigen Jahren als erfolgreicher Wettbewerber erweisen hat.

Der Kraftverkehr bietet manche erhebliche Vorteile gegenüber der Reichsbahn. Die wesentlichsten sind: Geringe Kapitalanlage, geringer Verlust bei Verkehrsunfall, leichtere Anpassungsfähigkeit an die zu befahrenden Strecken, keine Bindung an die Zeit, schnellere Zustellung, Verkehr bis ans Haus oder Werk und dadurch Einsparen des Rollgelbes, kein Umbauen der Güter, größere Sicherheit vor Beschädigung und Diebstahl und bei gewissen Entfernungen billigere Frachttarife. Die Unterhaltungskosten der Landstraßen, die bei starker Inanspruchnahme durch den Kraftverkehr naturgemäß groß sein würden, fallen hierbei jedoch nicht außer acht gelassen werden. Bei stärkerer Zunahme des Kraftverkehrs wäre unser Straßennetz den Anforderungen nicht gewachsen; es müßte daher bedeutend erweitert werden. Die dafür aufzubringenden Kosten müßten vom Kraftverkehr getragen werden. Aus diesen Erwägungen ist die gegenwärtige Kraftverkehrsteuer entstanden, sie dient aber heute — zum Schaden der Bauarbeiter — nur teilweise ihrem eigentlichen Zwecke. Die Bauarbeiter könnten die Ausbreitung des Kraftverkehrs nur begreifen, wenn er ihnen durch den gesteigerten Straßenbau größere Arbeitsmöglichkeiten böte. Aber entscheidend für die Einstellung zu diesen Fragen darf nur der Vorteil des ganzen Volkes sein.

Die Abwehr gegen den Kraftverkehr geht von der Reichsbahn aus, obwohl sein Umfang hinter dem in anderen Ländern erheblich zurückbleibt, also ein größerer Schaden für die Reichsbahn kaum entstanden sein kann. Der Kraftverkehr beträgt nur wenige Prozent des Reichsbahnverkehrs. Die Reichsbahn will aber jedenfalls der Entwicklung steuern, bevor ihr ernsthafter Schaden entsteht. Sie will in erster Linie die in ihren Anlagen festgelegten Kapitalien vor Entwertung schützen. Die Reichsbahn besitzt ihren Anlagenwert auf 2 Milliarden Mark. Seit dem Jahre 1925 hat sie für über 2 Milliarden Mark Werte neu angelegt. Ein erheblicher Teil der Anlagen und Verkehrsstrecken ist nur dem Bevölkerungsbedürfnis entsprechend erbaut worden, obwohl keine wirtschaftliche Rentabilität zu erwarten war. Diese Anlagen und Einrichtungen würden bei wachsendem Kraft- und linksendem Reichsbahnverkehr unausgenutzt bleiben und entwertet werden, während der Neubau und die Unterhaltungskosten der Straßen große Summen verschlingen würden. Volkswirtschaftliche Werke würden dadurch verschleudert.

Ein anderer sozial bedeutungsvoller Grund für den Standpunkt der Reichsbahn ist die Aufrechterhaltung des gemeinschaftlichen Tarifsystems, das nach sozialen Grundfragen besondere Rücksicht für den Arbeiter und Güterverkehr — vor allem nach dem Wert der Güter — vorsieht. Ein ungehemmter Konkurrenz im Verkehr würde die Vorteile dieses Tarifsystems beseitigen, denn soziale Gesichtspunkte sind jedweden Profitstreben jümden.

Die Reichsbahnleitung hat diese Entwicklung frühzeitig beachtet und Schaden zu vermeiden gesucht. Durch einen Vertrag mit den Kraftverkehrnehmern — den Schenker-Vertrag — sind dem Kraftverkehr gewisse Zinsen angelegt

worden. Das Verkehrsmonopol der Reichsbahn blieb trotzdem behauptet. Die Abstände der Reichsbahn gipfeln in dem Konzessionszwang für den gesamten regelmäßigen Personen- und Güterverkehr und für den Güter-Kraftverkehr über 50 km Entfernung; ausgenommen ist nur der Werkverkehr, nicht der Konzernverkehr. Dabei soll die Preisbildung im gesamten Kraftverkehr dem Reichsbahnarif angeglichen werden. Durch das angegriffene umfassende Monopol über den gesamten Binnenlandverkehr würde die Reichsbahn eine unerfüllbarste wirtschaftliche Stellung gewinnen.

Der Kampf um den Verkehr ist aber auch gleichzeitig ein Kampf privatwirtschaftlicher Interessen gegen das größte öffentliche Unternehmen der Welt, das Gemeingut des gesamten deutschen Volkes ist. Als Sozialisten fordern wir die Überführung der lebenswichtigen volkswirtschaftlichen Einrichtungen in den Gemeinbesitz. Deshalb müssen wir uns auch für die Erhaltung der schon im Gemeinbesitz befindlichen Einrichtungen — wie die Reichsbahn — einsetzen. Dabei soll keineswegs die Ablicht vertreten werden, den Vorteil, den der Kraftverkehr als technische Neuerung in vieler Hinsicht bietet, aufzuheben. Beide haben ihre Vorteile, die ausgenutzt werden können, der Kraftverkehr im Land, die Reichsbahn im Fernverkehr. Aber es darf kein Gegeneinander- es muß ein Nebeneinanderarbeiten sein. Sind alle Verkehrsformen in gemeinschaftlichem Wirken einander zugeordnet, so wird sich das Besteere und Wirtschaftlichere durchsetzen. Das darf aber nicht geschehen auf profitstreberischer privatkapitalistischer, sondern auf gemeinschaftlicher Grundlage!

Wer ist für die Aufstellung von Dautgerüsten verantwortlich.

Einige Handwerksmeister, die im Jahre 1931 Dachdecker- und Klempnerarbeiten ausübt hatten, wurden in Strafe genommen, weil sie die Aufstellung eines Gerüstes unzulässig hatten. Gegen diese Strafe beantragten die betroffenen Handwerksmeister gerichtliche Aufhebung, Amtsgericht und Kammergericht sprachen die Handwerksmeister frei, da aus der zugrunde liegenden Bauordnung nicht klar hervorgeht, wer für die Aufstellung der Gerüste verantwortlich ist. Daß zurechenbare Gerüste hergestellt werden müssen, hält das Kammergericht nach den bestehenden Polizeiverordnungen für unumgänglich nötig. Jedoch könne man unmöglich von Dachdecker- und Klempnermeistern verlangen, daß sie die Dautgerüste vom Erdboden bis zum obersten Stockwerk anbringen; dies sei, so meint das Gericht, in erster Linie von dem zu verlangen, dem die Bauleitung des ganzen Neubaus übertragen sei.

Jede Unklarheit über die Verantwortlichkeit beim Anbringen von Schutgerüsten muß naturgemäß zum Schaden der Arbeiterschaft ausschlagen, die dabei ihre Knochen zu Markte trägt. Der Bundesvorstand des DGB, dem sich deshalb am 10. März in einer Eingabe an den preussischen Wohlfahrtsminister und ersuchte unter Darlegung der Verhältnisse um Abhilfe. Es wurde vorgeschlagen, die Baupolizeibehörden anzumelden, bei mehrgeschossigen Bauten und großen Umbauten dem Auftraggeber die Bauleitung erst dann zu erteilen, wenn nachgewiesen ist, welche Baufirma den Auftrag zur Herstellung der Gerüste erhalten hat.

Der preussische Wohlfahrtsminister, unterzeichnet Scheid, hat nunmehr durch Rundverfügung vom 7. Juli (II/2502 31.5) die Frage der Verantwortlichkeit entschieden. Die Rundverfügung lautet:

Soweit die mit Erlass vom 5. November 1919 (St. 6. 402) im Entwurf überaus die Polizeiverordnung betreffend Schutgerüsten der Bauten nicht in Kraft gesetzt sein sollte, sind die nachgeordneten Baupolizeibehörden anzuhalten, im Bauwesen über die Genehmigung von Neuaufbauten den Bauherren in geeigneter Weise darauf aufmerksam zu machen, daß die Gerüste den polizeilichen Bestimmungen sowie den Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaft entsprechen müssen, und daß er selbst für die Innehaltung dieser Vorschriften verantwortlich ist. Zum 1. August d. J. ist mir zu berichten, ob und gegebenenfalls aus welchen Gründen die vorerwähnte Polizeiverordnung nicht in Kraft gesetzt wurde.

Damit ist ein seitler unanfechtbarer Zustand befestigt. Lehnen die Einzelmitten die Herstellung entsprechender Schutgerüste ab, so kann zuletzt der Bauarbeiter geber verantwortlich gemacht werden. Der Auftraggeber wiederum kann von ihm die schwere Verantwortung abwälzen, indem er eine der beteiligten Firmen für die gesamten Schutvorrichtungen verantwortlich macht.

Rundfunkhörer der Eisernen Front!

Unter der Parole „Ausmerzungen aller un-deutschen fremden Einflüsse“ wird gegenwärtig der gesamte Rundfunk gegen den Willen der werktätigen Hörer umorganisiert. Die Vertreter eines freien Volksrundfunks sollen aus den Rundfunkstellen verdrängt werden. Man will unter sich kein Republikaner, kein Sozialist, kein Gewerkschafter, kein Arbeiterdichter, kein Arbeiterfänger soll mehr mit eigenen Darbietungen vor das Mikrophon.

Kollegen! Rundfunkhörer, wollt ihr euch das für eure Rundfunkgebühren gefallen lassen? Nein! Aber mildere Hörerstreiks sind wertlos, daher schädlich und abzulehnen. Die berechnete Entlohnung der Hörer muß der Stärkung der Front werktätiger Rundfunkhörer dienen, damit diese den Kampf erfolgreich führen für eine dem werktätigen Volke würdige Rundfunkgestaltung!

Ster abtrennen und in 4-3-Umschlag an Arbeiter-Radio-Bund Deutschlands e. V., Berlin SW 61, Giltshiner Straße 93, einfinden.

Ich bin bereit, die vom Arbeiter-Radio-Bund im Rahmen der Eisernen Front zu treffenden Kampfmaßnahmen zu unterstützen und erkläre meinen Anschluß an die Front werktätiger Rundfunkhörer beim Arbeiter-Radio-Bund.

Name

Wohnort

Straße

Leser welcher Rundfunkzeitung

Bitter! Iserschick ausfüllen. Ein Beitrag wird von dem einzelnen Rundfunkhörer, der sich der Front werktätiger Rundfunkhörer anschließt, nicht erhoben.

Der Kamerad der Märker von Potempa. Vor dem Gericht in Weiden wurde über die bekannten Verbrechen der Hilterschen SA unter anderem festgestellt: Die Leiche hat im ganzen 29 Verwundungen aufgewiesen. Besonders schwere Verletzungen wies die Leiche am Hals auf. Die Halschlagader war vollkommen zertrümmert. Der Kopf hatte ein großes Loch. Der Hals zeigt außerdem Hautabplatzungen, die von einem Haktiff unbedingt herühren. Außer diesen Verletzungen ist Pfeizuch am ganzen Körper zerflogen. Er hat schwere Schläge mit einem stumpfen Beil oder einem Stock über den Kopf bekommen. Und andere Wunden, die so aussehen, als ob mit der



Spitze des Billardstockes ihm ins Gesicht gestochen worden sei. (Eichenschuß des Sachverständigen Dr. Weimann) — Der Richter meinen Bruder an den Füßen und zertrien ihn aus dem Beck. Einer der Eindringlinge gab durch die halb offene Kammer für einen Schuß ab. Darauf hörte ich meinen Bruder noch einige Minuten röhren. — Den Bestien in Menschengestalt, die einen in jenem Beck schlafenden Menschen nachlässiger überfallen, ihn in viehischer Weise ermorden und dafür zu der vom Gesetz vorgeschriebenen schweren Strafe verurteilt wurden, sandte der oberste Kulturkämpfer der SA, Adolf Hitler, eine Ehrenerklärung, in der es heißt: „Meine Kameraden! Angehört dieses ungeheuerlichen Bluturteils fühle ich mich mit Euch in unbegrenzter Treue verbunden. Eure Freiheit ist von diesem Augenblick an eine Frage unserer Ehre.“ Die „Kameraden“ scheinen einander wert zu sein.

„Süßer, kleiner Mörder!“ Deutschland, erwache! Du verhältst sonst keine Erneuerung durch das Hakenkreuz. Du hat der 23jährige Nationalsozialist Thomas aus Weiden, SA-Mann natürlich, den Kaufmann Walker aus Oels in dessen Auto bestialisch ermordet und hinterher beraubt. Und das Bräutchen des SA-Mannes hat ihm nachher einen Brief geschrieben, der mit den Worten schließt: „Auf Wiedersehen, mein süßer, kleiner Mörder!“

Je mehr Mittel, je mehr Kraft!

Für die Woche vom 28. August bis 3. September ist der 35. Bundesbeitrag für 1932 zu zahlen.

— So erwartete im November 1931 eine moralisch verwohrteste Hiltersche ihren „Süßen“. Von der Beuteneht Hiltersche bis zu den Potempers Mörder führt eine gerade Linie der Entwidlung. Sie geht aus von den oßsthen Kulturkämpfern in den Braundäusern.

Nationalsozialistische „Arbeitererzener“ im Reichstag. Nach den vorläufigen Ergebnissen der Reichstagswahl sind von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter Partei folgende Agrarier und Offiziere in den Reichstag gewählt worden: Heinrich von Seydl, Landwirt, Berlin; Ernst Graf zu Reventlow, Potsdam; Hermann Göring, Hauptmann a. D., Berlin; Alexander Freiherr von Wangenheim, Landwirt, Offizier a. D., Berlin; Siegfried Seidel-Dittmarich, Major a. D., Berlin; Walter von Corswant, Rittergutsbesitzer, Cuxhohn bei Jarmen; Andreas von Ffotow, Landwirt, Oppeln; Wilhelm Friedrich Koepfer, Hauptmann a. D., Dessau; Hans von Schammer-Osten, Landwirt, Dessau; Konrad Schragmüller, Rittergutsbesitzer, Schönberg, Kreis Osterburg; Kurt von Ulrich, Oberleutnant a. D., Kassel; Runo Freiherr von Elb-Rübenaeh, Landwirt, Wahn; Franz Ritter von Epp, Generalleutnant a. D., München; Manfred von Killinger, Kapitänleutnant a. D.; Dietrich von Jagow, Oberleutnant zur See, Ehlingen a. N.; August Schneidhauer, Major a. D., Koblenz; Walter von Einzelsheim, Landwirt, Frelburg l. Meda.; Konstantin Sierl, Oberst a. D., München; Walter Buch, Major a. D., Golln; Ludwig Mänchmeyer, Piarer a. D., Düsseldorf.

Erfreulicher Ausblick! In dieser ebenso schweren wie vorwiderständigen Zeit, in der die Zustände in Deutschland einem Bürgerkrieg weitaus ähnlicher sehen, als gedrohtes staatliches Leben, nehmen wir mit Freude davon Notiz, daß der Reichstagsgebäude nicht ausreichen kann. Dafür ist neben vielen anderen Bemessungen die hier die noch allzu wenigen Ferienferien Beweis genug. Auch die diesjährigen Ferien sind von einigen, allerdings leider, noch allzu wenigen Schulen und einigen Organisationen, die auf den Wenden der Völkerverständigung setzen, genutzt worden, dieser Verständigungsorganisation der SPD, erzielten neben einigen anderen Kinderrepubliken in Deutschland auch eine solche Republik in Frankreich. In der Nähe von Paris lebte ein paar Wochen in einem Zeltlager: französische, englische, holländische, belgische und deutsche Jugend beieinander. Auch in deutschen Zeltlagern lebte Jugend anderer Nationen mit deutscher Arbeiterjugend zusammen. Ferner gab es auch eine Reihe von Ferienlagern. Allein die Landesjugendgemeinden der Stadt Berlin hatten 12 Schulen eingerichtet, in denen Berliner Lehrern und Schülern Gelegenheit gegeben wurde, in engem Zusammenleben Ausland und Ausländer kennenzulernen. Solche Schulen gab es noch weitere in Deutschland und in Frankreich. Auch in der spanischen Republik propagierten Schüler den Völkerverständigung. Unweit von Madrid wohnten Deutsche, Spanier und Fran-

zosen einige Zeit auf dem Sommerhof des Präsidenten der Republik Alcalá Zamora. Der Präsident trat persönlich in Verkehr zu den Schülern und brachte in einer Rede zum Ausdruck, wie sehr ihm der Gedanke des Schüleraustausches am Herzen liege. Auch die Liga für Menschenrechte war in dieser Hinsicht tätig. Sie führte junge Austauschler im Alter von 16 bis 18 Jahren, die von den Eltern der Seine, Rhône und Maas gekommen waren, Studenten und Schüler von Paris, Lüttich und Brüssel, durch Berlin und ließ sie drei Wochen „am grünen Strand der Spre“ wohnen. Es wurde noch in manchen anderen Orten eine Arbeit geleistet, von der wir überzeugt sind, daß die hier ausgefreute Saat gute Früchte tragen wird.

Eine Papen-Rede. Der Reichskanzler von Papen, von dem wir nicht wissen, ob er beim Erscheinen dieser Zeitung noch Reichskanzler ist, hat in Münster vor einer Versammlung der weislichen Bauernvereine eine große Rede gehalten. Aus dieser Rede sei heute nur kurz erwähnt — da wir darauf in dieser Nummer nicht mehr ausführlich eingehen können —, was der Reichskanzler zum Tarif- und Schlichtungswesen gesagt hat. Danach bleiben Tarifrecht und Schlichtungswesen nur noch dem Namen nach erhalten. Praktische Wirkung zum Schutz des in der Wirtschaftskrise besonders schwachen Arbeiters werden sie nicht mehr haben. Die Startheit tariflicher Bindungen soll ohne weiteres beiseitegeschoben, die Löhne sollen bis auf das „Erzstimmminimum“ gesenkt werden dürfen. Die Schlichtung soll „nur noch selten“, das heißt nie mehr angewendet werden. Daß diese Maßnahmen auf eine „Notzeit“ von einem Jahr begrenzt werden sollen, ändert nichts an ihrem gefährlichen und unreaktionären Charakter. Einer hemmungslösen Herabdrückung der Löhne und Gehälter wäre mit einer solchen Verordnung die Bahn gebahnt. Der Reichskanzler erklärte, das heutige Tarifsystem sei „starr“, daß dieses System in der Vorkriegszeit nicht nur auf zwei Jahre, sondern vielsach auf drei Jahre und länger abgeschlossen wurden — was heute gar nicht mehr der Fall ist —, das weiß dieser Reichskanzler nicht oder er will es nicht wissen. Man bringe doch diese diktaforische Verordnung auf die richtige Formel: die Löhne und Gehälter sollen noch weit mehr abgebaut, die Bezahlung soll vollständig in das Ermessen des Unternehmers gestellt werden! Die Antwort der Mitglieder aller Gewerkschaften kann auf diese Herausforderung nur sein: Unberühmlicher Kampf dieser Regierung Papen, die aus den Rücken der Vermissten Riemen schneiden will zugunsten der Bestehenden!

Allgemeine Rundschau

Aus einem Arbeitsdienstag. Allerlei erbauende Sachen werden uns aus dem freimilligen Arbeitsdienstag in der Volkshochschule Colborn bei Lichow in Hannover berichtet. Dort haften etwa 20 Nazibengels aus Hannover. Die von ihnen belegten Zimmer waren mit Papierfahnen (natürlich mit Hakenkreuzen) verziert, ferner hing in den Zimmern das Porträt Adolf Hitlers in verschiedener Aufmachung. Die Tüngen, die jetzt in ein Lager bei Lüneburg abgeschoben sind, ließen in Lichow in voller Naziform herum. Außer dem Sport-Wesfel-Lied wurden auch andere Nazilieder geschmettert. Dem Verfassungstag ein „Lied“ mit dem Refrain: „Die Republik, ihr Schiet!“ Wohlverstanden, die Republik, die diese Arbeitslager finanziert! Wer nicht Nazi war, wurde mit Gewalttätigkeiten bedroht, die Büchlein hatten sogar Pistolen mit sich. In ihrem Besitz. Lebensarten vom frühen Morgen an wie „half die Presse“ waren an der Tagesordnung. Zu diesem rohen Benehmen paßte allerdings die etwa 20 Minuten währende Morgenandacht, die an jedem Tag abgehalten wurde, wie die Faust aufs Auge. — So haufen Nazibengels in von der Republik finanzierten Arbeitslagern. Aber auch so etwas gehört ja wohl zur „neuen Staatsführung“!

Rubrepidemie in der Wildwiesfeldung in Düsseldorf. In der Wildwiesfeldung in Düsseldorf (Heinrichs) ist eine umfangreiche Rubrepidemie ausgebrochen. In der Zeit vom 2. bis 18. August wurden 51 Erkrankte in die Krankenanstalten eingeliefert. Die Zahl der Erkrankten soll aber etwa 180 bis 200 betragen. Der Kreismedizinalrat gibt als Ursache „mangelhafte Hygiene und die Unmöglichkeit, die Fäkalien restlos zu absorbieren“ an. — Die Siedlung ent-

stand aus Hof. Obdachlose und Ausgehende kaufen sich aus Kisten und sonstigen minderwertigen Material Glenschlitten. Ueberflüssige Bestürmter der vorstädtischen Siedlung standen in der Düsseldorf Siedlung „den Ausdruck eines gesteigerten Willens zur Selbsthilfe“ zu erklären. Bürgerliche Zeitungen schrieben sogar von „dem Willen der Siedler, sich wieder emporzurichten!“ Wir haben vor dieser weit weniger als Primitivfeldung wiederholt gemerkt, jedoch kein Gehör gefunden. Arme bedauernswerte Menschen büßen jetzt die Kurzsichtigkeit der Amtsstellen. Besonders beschämend sind solche Zustände für eine Stadt, die noch vor wenigen Jahren, unter starker Anteilnahme der gesamten Kulturwelt, die „Gefolter“, eine Ausstellung größten Ausmaßes zur Förderung der Hygiene, beherbergen durfte. Werden die unentwerflichen Stellen erkennen, daß noch immer großer Bedarf an hygienisch einwandfreien Kleinwohnungen besteht? Wird man die Zusammenlegung leben und diesen Kernstein der Armen eine menschenwürdige Wohnung und damit dem Bauergewerbe Beschäftigung geben?

Gedenktafel verstorbener Mitglieder.

- Allenburg, Emil Kluge, Maurer, 64 Jahre alt.
- Baun. (Waldschütz), Wilh. Neumann, Nr. 48 J.
- (Binnewitz) Hermann Wehle, Maurer, 33 Jahre.
- Coltbus, Johann Schenke, Hilfsarbeiter, 57 Jhr. a.
- Danzig, Otto Heydemann, Maurer, 71 Jahre alt.
- Johann Jakubowski, Lötzer, 69 Jahre alt.
- Friedrich Nagel, Maurer, 21 Jahre alt.
- (Süßen) Hermann Tospann, Maurer, 36 Jahre.
- Dresden, Oswald Albert, Hilfsarbeiter, 39 Jahre alt.
- (Radeburg) Karl Friedr. Ruhland, Nr. 66 J. a.
- Erfurt, Adam Henze, Maurer, 31 Jahre alt.
- Frankfurt/M. (Offenthal) Philipp Frisch, Nr. 56 J. halberstadt.
- Otto Wiesener, Hilfsarbeiter, 43 Jhr.
- Jehoh. (Glückstadt) Aug. Großgar, Maurer, 73 Jhr.
- Johs. Hauschild, Maurer, 80 Jahre alt.
- Johs. Plön, Maurer, 69 Jahre alt.
- Johs. Schumacher, Hilfsarbeiter, 57 Jahre alt.
- (Brunsbütteloo) Johs. Siekmann, Maurer, 48 J.
- (Kellinghufen) Heint. Thies, Hilfsarb., 45 J. a.
- Königsberg, Franz Daniel, Ofenhehr, 60 Jahre alt.
- Hermann Januschewski, Maurer, 72 Jahre alt.
- August Meyer, Hilfsarbeiter, 66 Jahre alt.
- Rolberg, Wilhelm Wendt, Hilfsarbeiter, 51 Jahre.
- Leipzig, Adolf Maas, Maurer, 79 Jahre alt.
- Bernhard Tille, Maurer, 77 Jahre alt.
- Menz. (Hochstettin) Martin Lemb, Hilfsarb., 34 J.
- (Gumbach) Peter Poggel, Maurer, 59 Jahre alt.
- Meißen, Willy Weitenfels, Maurer, 24 Jahre alt.
- Nürnberg, Ludwig Putz, Hilfsarbeiter, 52 Jahre alt.
- Joh. Mich. Reichert, Hilfsarbeiter, 53 Jahre alt.
- Joh. Ruppacht, Sattler, 47 Jahre alt.
- Torgau. (Belgern) Wilh. Degen, Hilfsarbeiter, 60 J. Ehrenreue Andenten!

Baugewerkschaft Mittelf.

Ortsunterstützungen an durchreisende Kollegen werden nicht mehr gewährt.

Bücher u. Schriften

Die Weisung. Eine satirische Zeitschrift. Vom Autor: Berlag, Hamburg 96. Febr. 1932. 4. — Die Zeitschrift empfiehlt sich, wie die uns vorliegende Nr. 3 zeigt, durch eine reichhaltige satirisch-litterarische Breite.

Rechen für Dienstler. Von Kurt Jäger und Albert Koppel. Verlag Albert Köhler, Berlin S. 42. Preis 2 Mk. Das Buch umschließt Rechen für den Gebrauch in den gewerblichen Schulen und für den Selbstunterricht bestimmt. In einem allgemeinen und einen beruflichen Teil unterteilt und enthält zur zutreffenden Festlegung der Rechenübungen, die je besonders in der Dienstleistungsbranche notwendig ist, Anleitungen und Übungen für fast alle Berufe. Die bei den Anleitungen und Übungen vorkommenden Formeln werden zu Beginn jeden Abschnittes allgemein verständlich erklärt. An den in den Rechenübungen gestellten Aufgaben soll jeder ein Lösungsweg erkennen. Für den Selbstunterricht hätte es sich empfohlen, die Lösungen gleich mit den Aufgaben zu vergleichen. Der Gehalt der Schrift bildet ein überaus anregendes Lektüremittel, von dem besonders die Schüler 1 bis 8, die Schülern der für die Wärmebedarfberechnung enthalten, einem dieses Buches unter den bestmöglichen Umständen und Zugabe von Literatur für das Dienstleistungsgewerbe noch sehr fruchtbar sein dürfte.

Wissen ist Macht!

Jedes Mitglied muß die technischen Fortschritte in den Berufen und Gewerben verfolgen, wenn sein Wissen zur Macht werden soll. „Stillstand ist Rückschritt“ und jeder von euch will vorwärts. — Darum abonniert

Das Bauwerk

großer Preisabfall! Billige böhmische Bettfedern!

1 Pfund graue, gute, geschlossene Bettfedern 60 Pf., bessere Qualität 80 Pf., halbweiße, Flaumje 1—Mk., 1,20 Mk. weiße, Flaumje, geschlossene, 1,50 Mk., 1,90 Mk., 2,50 Mk. feinstgeschlossene Halblaum-Herrschaftsfedern ungeschlüsselt, mit zum gemengt halbweiß 1,35 Mk., weiß 1,95 Mk., weißer, alterierender Flaumrump 2,25 Mk., 3,25 Mk., 4,25 Mk. Muster und Preisliste kostenlos. Versand jeder Menge zeitfrei gegen Nachnahme. Von 10 Pfund an auch portofrei. Nichtpassend: wird umgetauscht, Geld zurück. S. Benisch in Prag XII, Americká ulice Nr. 33, Böhmen.

ALLES BILLIGER! Gummwaren. bygien. Artikel Preis G 1 gr. „Medicus“ HAGEN 103 I. W. Berlin SW 68, Alte Zuchtstr. 8

Realiste Bezugsquelle! Neue Gänsefedern

von der Gans gerupft, mit Daunen, dopp. gereinigt Pfd. 2,50, allerh. Qualität 4,25, nur kleine Federn (Halbdunen) 1,25, Daunen 6— gereinigte, gereinigte Federn mit Daunen 3,50 u. 4,75, hochpr. 4,75, allerh. 7—, 1a Vollidunen 9— u. 10—. Für reelle, staubf. Ware Garant. — Versand gegen Nachnahme, 5 Pfr. portofrei. Nichtgefallt, nehme auf meine Kosten zurück. **Willy Manteuffel**, Gänsefedern, **Neutreiben 3 D.** (Oderbr.) Aeltestes und größtes Bettfederngeschäft des Oderbruches, geg. 1852.

Kaufst Klopft und Kelle von **Arthur Capelle**

Spezialfabr. in Brandenburg-Ausrichtung Berlin SW 68, Alte Zuchtstr. 8, 2. Gem. 1. Prok. 1932

Togal-Tabletten

haben sich hervorragend bewährt bei

Rheuma / Gicht Nerven-Schmerzen

Ischias, Hexenschuss und Erkältungskrankheiten. Löst die Harnsäure und ist stark bakterientötend. Über 6000 Arztgutachten! Vollkommen unschädlich! Frag Sie Ihr Arzt. Ein Versuch überzeugt! In all. Apoth. Ermäßig. Preis M. 1.25. **Togal!** 12,61Chn., 0,46Chn., 7,3Aelct. act. 1.25.

Tragt unsere Bundesnadel

Fritz Ulrich Altona-Erbich 60 Gustavstraße 58/60 **Berufskleidung Werkzeuge** Preisliste gratis

Schachtmeister- und Polierschule, Rendsburg

Dr. H. H. Teichmann, Rendsburg, Teichmannstraße 1, Teichbau angegliedert. Auskunft durch den Oberstudienleiter.

Teakholz-Wasserwaagen in höchster Vollendung!

100	90	80	75	70	60	50	cm
3,20	3,—	2,80	2,70	2,60	2,40	2,20	20RM.

Stärke 25x50 und 25x55 mm

Sämtl. Werkzeuge, Bekleidung laut Katalog sofort lieferbar. Vers. geg. Nachn. Von 10 RM. an portofrei. Jede zwölftel Wasserwaage wird gratis geliefert.

Extra Qualität 3,60 3,40 3,20 3,10 3,— 2,80 2,60RM.

Westermeyer & Co., Bielefeld, Bielefeld, Bielefeld.